

Konferenz und Kundgebung vom 10. bis 12. Mai 2002 in Berlin

Es geht um Israel

Nach der bedingungslosen Kapitulation Nazideutschlands am 8. Mai 1945 begann für die jüdischen Überlebenden, die Konzentrationslager, Exil, Widerstandskampf und Illegalität überlebt hatten, die Suche nach einem Ort, der wirkungsvollen Schutz vor Antisemitismus bieten könnte. In einer nationalstaatlich organisierten Welt, in welcher der Antisemitismus zuerst trotz und dann wegen Auschwitz weiterwaste, lag der Schluss nahe, zu diesem Zweck einen eigenen Staat zu gründen. Zwar gab es die zionistische Bewegung schon zuvor, die aus der Erfahrung des sich schon Jahrzehnte vor dem Nationalsozialismus abzeichnenden Scheiterns der jüdischen Emanzipation die Forderung nach einem jüdischen Staat aufstellte: die Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 aber war vor allem eine Konsequenz aus der Vernichtung.

54 Jahre später ist Israel bedroht wie seit seiner Gründung nicht mehr. Es ist nicht nur der palästinensische Terrorismus und die Bedrohung durch die arabischen Staaten: die gefährlichste politische Bedrohung für Israel ist aktuell die Europäische Union. Europa hofiert unter deutscher Führung die Feinde des jüdischen Staates wie Hussein, Al-Assad und Arafat und bedient damit eine europäische Öff-

fentlichkeit, die sich in anti-israelischen Attacken überschlägt. Seit dem Beginn der Al-Aksa-Intifada im Oktober 2000 geht eine Welle der antisemitischen Gewalt durch Europa und die übrige Welt, und ihre Akteure können sich auf eine gesellschaftliche Akzeptanz verlassen, die an die Dreißigerjahre gemahnt. Auf der UNO-Konferenz gegen den Rassismus in Durban ließen die europäischen Staaten es zu, dass die Veranstaltung zu einem Tribunal gegen Israel wurde. Seitdem wird Israel in jeder UN-Resolution schärfer verurteilt. Die anti-israelische Stimmungsmache geht einher mit kulturalistischem Verständnis für noch die grausamsten Auswüchse des islamischen Faschismus. Während man Verständnis für die Motive der Selbstmordattentäter äußert, rufen die israelischen Gegenmaßnahmen nur Empörung hervor. Europa unterstützt die reaktionärsten Regimes im arabischen Raum und konkurriert mit den USA um den Einfluss in der Region; während einige europäische Staaten dabei billigend in Kauf nehmen, dass die Schwächung der amerikanischen Position auch die Schwächung Israels bedeutet, geht es für Deutschland immer noch um die „Vergangenheit, die nicht vergehen will“ (Ernst Nolte).

57 Jahre nach dem 8. Mai 1945 schickt sich dieses Deutschland an, die letzten Symbole der Niederlage zu schleifen. Nicht zufällig findet diese „Enttabuisierung“ des deutsch-israelischen Verhältnisses (Karl Lamers, CDU) zur gleichen Zeit statt wie die des deutsch-tschechischen. Im bloßen Vorhandensein eines Staates, dessen Existenz sich aus den deutschen Verbrechen rechtfertigt, wie in der einfachen Weigerung der Tschechischen Republik, die Benes-Dekrete formal aufzuheben, erblickt die Berliner Republik Hemmnisse für eine Politik, die immer offener an alte Allianzen anknüpft. Die Benes-Dekrete als Ausdruck der Souveränität und Tradition des tschechischen Staates erinnern Österreicher und Deutsche an den kollektiven Charakter der deutschen Verbrechen, und das Festhalten Tschechiens an diesen Dekreten demonstriert zudem, dass man nicht vergessen hat. Aber das Entreebillet für Europa ist heute die Entschuldigung bei den Deutschen: Dieser Logik nicht zu folgen erheischt Respekt, ebenso wie die Solidarität des tschechischen Ministerpräsidenten mit Israel.

Mit Konferenz und Kundgebung soll die anti-israelische Politik Deutschlands und Europas kenntlich gemacht und zur Solidarität mit Israel aufgerufen werden. Dies ist eine Konsequenz aus der linken Debatte nach dem Massaker des 11. September, das der USA auch als Schutz-

macht Israels galt und in den Augen der Mörder keineswegs Unschuldige, sondern „Juden“ traf: Nur eine Minderheit befürwortete ein militärisches Vorgehen gegen den islamischen Faschismus, während die übergroße Mehrheit den Angriff auf die verhasste USA zum Anlass nahm, nach zehn Jahren offensichtlich unfreiwilligem Schweigen zu ihren antiamerikanischen und antizionistischen Wurzeln heimzukehren. Wie die deutsche Politik will sich auch die deutsche Linke nicht mehr von historischen Fesseln und unverstandenen Tabus einengen lassen.

Uns hingegen geht es um Israel, und, indem es um Israel geht, zugleich um alles. Israel ist als jüdischer Staat zurzeit die einzige materielle Grenze des Vernichtungswahns, der sich schon ganz anders austoben würde, hätte er die Chance dazu. Revolutionäre Gegnerschaft zum Bestehenden misst sich an der Gegnerschaft zum Antisemitismus, weil der Antisemitismus zugleich das gesamte Ressentiment gegen Zivilisation und Individualität enthält.

gegen die deutsch-islamische Freundschaft ...

Auch wenn wir die billigen linken Phrasen verabscheuen, es uns ankotzt, wenn wir hören oder lesen müssen, dass irgendetwas in ein anderes „umschlägt“ – und das auch noch „dialektisch“ – , dass irgend-

wer oder irgendetwas „bis zur Kenntlichkeit entstellt“ sich präsentiert, dass – zu meist vulgär-sozialwissenschaftlich definierte – Individual- oder Kollektivsubjekte „zu sich selbst“ kommen, wenn uns stattdessen angesichts des Nichtendenkönnens *wollenden* ebenso unwillkürlich wie gewollt der Aufschrei entfährt: „Macht endlich Schluss damit!“, so müssen wir trotzdem feststellen: Deutschland ist nach den 11. September 2001 wieder einmal – und ganz im Sinne der abgedroschenen Phrase – zu sich selbst gekommen. In dem Land, das in den 70er Jahren durch die Einführung der Isolationshaft und schließlich des „finalen Rettungsschusses“ neue Maßstäbe für innerstaatliche Repression setzte, in dem ein Kanzlerkandidat öffentlich über die standrechtliche Exekution linksradikaler Gefangener „nachdenken“ konnte, in dem Land, das sich inzwischen auf seinen „deutschen Herbst“ mit den nur von einer Minderheit angezweifelten „Selbstmorden“ damaliger RAF-Aktivistinnen einbildet – ausgerechnet in diesem Land ergeht man sich in Aufrufen zur „Mäßigung“ und Warnungen vor „Überreaktionen“, wenn die USA militärisch auf den Massenmord an Tausenden ihrer Bürger durch islamische Gotteskrieger reagieren, vergießt man Krokodilstränen über das harte Los gefangener Islamisten. In dem Land, das den ersten Angriffskrieg in Europa nach 1945 durch eine seit Ende des 2. Welt-

krieges beispiellose Hetzpropaganda gegen „die Serben“ vorbereitete und das an der gewaltsamen Aufteilung Jugoslawiens in völkische Clanparzellen erfolgreich teilnahm, in diesem Land warnt man nun vor dem „Feindbild Islam“ und fordert einen „interkulturellen Dialog“ mit dem Islamismus.

Solcherart Warnungen und Forderungen werden im vollen Bewusstsein darüber in die Welt gesetzt, dass die Massenmörder des 11. September „die Juden und ihre Schutzmacht Amerika“ gleichermaßen hassen (*Spiegel* 24.9.01), dass die islamische Avantgarde „Al Qaida“ zur Ermordung von Juden und Amerikanern aufruft, „wo immer sie sich befinden“ (*FR* 26.9.01). Es ist für uns keine Überraschung, wenn die gleichen Ideologen, die noch vor wenigen Jahren dazu aufriefen, „Serbien in die Knie“ zu zwingen, heute vor amerikanischen „Überreaktionen“ warnen. Bereits in den Kriegen zur Aufteilung Jugoslawiens wurden von Deutschland – in Bosnien und im Kosovo – die islamischen Kriegsparteien unterstützt. Die von Deutschland dominierte EU bekennt sich schon seit Jahren offen zu ihrer Sympathie für das autoritäre und antisemitische Projekt einer palästinensischen Staatsgründung. In Ideologie und Praxis des allseits gehätschelten Islam erkennen deutsche Politiker und Publizisten den Ruf nach sozialer Gerechtigkeit und kultureller Anerkennung. Diese

Komponenten machen den politischen Islam für eine aufstrebende Weltmacht attraktiv: eine konformistische Revolte für ein Leben in Bescheidenheit, Armut und Dummheit, gegen „Materialismus“ und „Anspruchsdenken“. Auch wenn Deutschland einerseits demonstrativ Bündnistreue gegenüber den USA bekundet – schließlich möchte es durchaus an der politischen Ernte der erfolgreichen militärischen Aktivitäten beteiligt werden –, bemüht man sich andererseits vor allem darum, dass die Taliban ein Bauernopfer bleiben und die USA ihre Kampagne nicht auf andere Regime ausweiten. Das schnelle Bekenntnis zur „bedingungslosen Solidarität“ mit den USA war zum einen schon deswegen geboten, weil Deutschland ansonsten als für Islamisten attraktiver Terrorstandort ins Visier genommen worden wäre, zumal es diese Funktion seit über zehn Jahren gerne wahrnimmt. Zum anderen will man sich als Friedensmacht profilieren, um andere Verbündete, wie den Irak, wirksam schützen zu können.

... und ihre linken Apologeten

Wenn Deutschland als Friedensmacht zu sich selbst kommt, dürfen auch die deutschen Linken nicht fehlen. Ihre Differenz zum Bestehenden drückt sich nur noch darin aus, dass sie das, was von staatlicher und staatsnaher Seite über die ame-

rikanische und israelische „Mitverantwortung“ am Massaker von 11. September verlautet, im Tonfall des abgenudelten linken „Antiimperialismus“ etwas „radikaler“ formulieren. Fast ohne Ausnahme haben die linken Reaktionen auf den 11. September deutlich gemacht, was antideutsche Kritik schon immer befürchtete: die Beschäftigung mit dem Antisemitismus war nichts anderes als eine widerwillig absolvierte Pflichtübung in political correctness, mit der das antisemitische Ressentiment auf die Höhe der Zeit gebracht wurde. Die Vernichtung Israels fordert man nun nicht mehr direkt und unverblümt, sondern aus friedenspolitischer Verantwortung: die mit deutscher Großzügigkeit gewährte „Anerkennung“ des Existenzrechts Israels wird zum Entreebillet für die faktische Infragestellung desselben. Der Übergang weiter Teile der sogenannten „radikalen“ Linken ins Lager des offenen Nationalismus und Antisemitismus scheint uns damit weitgehend vollzogen. Dass die Linken, die seit Jahrzehnten ohnehin zur Bedeutungslosigkeit verurteilt sind, sich mit ihrem derzeitigen Agieren ihr eigenes Grab schaufeln, nehmen wir nicht mit Bedauern, sondern mit Schadenfreude zur Kenntnis. Wir begreifen uns ausdrücklich nicht als Teil dieser Linken. Eine solche Linke – mag sie aus staatsfetischistischen „Globalisierungsgegnern“, aus infantilen „Autonomen“ oder aus apokalypsegeilen „Wert-

kritikern“ sich rekrutieren – ist unser Gegner. Sie ist integraler – wenn auch unbedeutender – Bestandteil der deutschen Gesellschaft und des deutschen Staates. Aber auch jene Linken, die sich seit 1989 als „antideutsch“ begriffen, haben angesichts des Massenmordes von New York in ihrer Mehrheit jämmerlich versagt und in kürzester Zeit eine beispiellose Regression vollzogen. Statt eindeutigen Stellungnahmen gegen den islamischen Faschismus werden antiamerikanische Verschwörungstheorien produziert, völlig konform mit dem deutschen Mainstream werden die USA als „barbarisch“ denunziert. Dabei ist die vor allem von Autoren der Zeitschrift *konkret* vorgenommene Gleichsetzung der amerikanischen und der islamistischen Kriegspartei so offensichtlich unsinnig wie die herbeiphantasierte Aussage, dass Deutschland weltpolitisch von den gleichen Interessen wie die USA bestimmt sei. Statt Analysen über Entstehung und Verlaufsformen des antisemitischen islamistischen Massenwahns und des deutschen Interesses an ihm, werden – wie in den unseligen Hochzeiten des alten Marxismus-Leninismus – traditionelle „Einschätzungen“ und „Ableitungen“ anhand „materieller“ Interessen verfasst. Das Gerede über Bodenschätze, Pipelines etc. zeugt aber von nichts anderem als dem Bedürfnis nach Rettung des brüchigen traditionslinken Paralleluniversums. Das ist Identi-

tätspolitik pur, also genau das, wogegen kommunistische, antideutsche Kritik sich von Grund auf richten muss, will sie Bestand haben. So werden sich künftig zwischen uns und all jenen Linken, für die antideutsche Kritik wohl nie etwas anderes war als ein bloßes Glaubensbekenntnis, als ordinärer Antiimperialismus, nur diesmal gegen Deutschland, die Wege trennen.

„Die Linke“ steht heutzutage für nichts anderes mehr als für die regressive Überwindung des Bestehenden, für Opfer, Versagung und Verzicht, für die gerechte Verteilung von Armut und Dummheit im gegen seine Todfeinde, Israel und die USA, verschworenen Zwangskollektiv. Sie ist kein Protagonist allgemeiner menschlicher Emanzipation mehr, sondern ein Hindernis dafür. Von der Linken sich zu verabschieden heißt für uns daher, auf die Tagesordnung zu setzen, was die Linke längst aufgegeben hat, wenn sie es denn jemals so vertrat: die Kritik der kapitalistisch produzierenden, staatlich verfassten Gesellschaft, die den Einzelnen nur als austauschbares Exemplar der zwangshomogenisierten Masse kennt, das keinen Anspruch auf Glück ohne Leiden, auf Erfüllung ohne Aufopferung für ein Höheres erheben darf – eine Kritik, die mithin als geistiger Vorschein des Kommunismus fungiert, der mit der freien Assoziation, dem ungegän-gelten Glück für alle zugleich die Bedin-

gung antisemitischen Ressentiments und identitärer Raserei restlos und unwider-
rufflich beseitigen wird.

Als kommunistisch intendierte muss Kritik notwendig antideutsch sein: sie muss sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der Bekämpfung des Antisemitismus verschreiben, der den Vorschein einer barbarischen Aufhebung des Kapitals darstellt, wie die Deutschen sie schon einmal ins Werk setzten. Solch militante Ideologiekritik wird das Gegenteil eines moralisierenden „Lernens aus der Geschichte“ sein, das sich stilvoll zelebrieren und seminaristisch bewirtschaften lässt. Denn wie allerspätstens das Massaker vom 11. September drastisch vor Augen geführt hat, ist das, was „deutsch“ ist – das in massenmörderischer Aktion gegen die Juden sich definierende gesellschaftliche Racket – kein historisch oder territorial eingrenzbare Phänomen, sondern Produkt der konstitutiven Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung, die den Wirkungskreis ihrer vormaligen Exekutoren längst überschritten hat und die, käme sie mit deren Schützenhilfe heute erneut zum Zuge, mit

der von ihr intendierten Vernichtung Israels zugleich die Mindestbedingungen revolutionären Denkens und Handelns zerstören würde – ist Israel doch die Staat gewordene Konsequenz aus dem Scheitern des bürgerlichen wie des kommunistischen Emanzipationsversprechens, welches es als versäumtes und unabgeholtenes gleichwohl aufbewahrt. Revolutionäre Kritik bedeutet notwendig die unver-söhnliche Gegnerschaft zum organisierten Deutschtum – egal, ob dieses unter völkischer oder islamistischer Fahne antritt, egal, ob es in Sebnitz oder Ramallah, in Lübeck oder New York sein terroristisches Unwesen treibt – sowie die unbedingte Solidarität mit Israel und den anderen, aktuellen und prospektiven, Opfern des völkischen Aufbruchs, welche die Solidarität mit deren bewaffneter Selbstverteidigung und das Bündnis mit allen Freunden Israels und Feinden des Antisemitismus selbstverständlich einschließt. Daran wird jede künftige Intervention zu messen sein, daran entscheidet sich, mit wem Bündnisse möglich sind und mit wem nicht.

Veranstaltet vom

Berliner Bündnis gegen IG Farben